

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PRÄSIDENT CARTER UND SEINE EUROPÄISCHEN KRITIKER

Der amerikanische Präsident und mit seiner Person auch die amerikanische Aussenpolitik sind einer Kritik namentlich aus Westeuropa ausgesetzt, wie sie in solcher Schärfe wohl beispiellos ist. Mit einer kurzen Untersuchung soll versucht werden, diesem Bild ein anderes gegenüberzustellen und die Natur der westeuropäischen Kritik zu prüfen.

Das amerikanische Präsidentenamt ist zwar eine recht fest umrissene Institution, eingebettet aber in das «check-and-balance»-System. Somit ist die Präsidentschaft auch formbar und in ihrem Gewicht und daher in ihren Möglichkeiten durchaus Veränderungen unterworfen. Ein starker Präsident, getragen vom Konsens der Nation, wird erheblich grösseren Spielraum wahrnehmen können; einem schwachen Präsidenten werden oft durch Kongress und öffentliche Meinung engere Grenzen gezogen. Das ist seit jeher so gewesen; immer konnte der neue Präsident sein Amt mit neuem Kredit antreten und nach seinen persönlichen Möglichkeiten gestalten.

Mittlerweile ist jedoch eine Entwicklung eingetreten, die in ihrer Bedeutung gerade in Europa verkannt und unterschätzt worden ist: Jimmy Carter hat bei seinem Antritt die schwächste Präsidentschaft vorgefunden, die Amerika je hatte. Und als erster Präsident konnte Carter nicht auf «neuem Kredit» aufbauen. Das bedarf näherer Erklärung.

In den letzten Jahren hatten die Vereinigten Staaten zwei unerhört schwere Traumata erlitten: ein aussenpolitisches in Vietnam und ein innenpolitisches mit dem Watergate-Skandal. Es ist hier nicht der Ort, diese tiefgreifenden Rückschläge abzuhandeln. Wichtig ist jedoch folgendes: Die amerikanische Überzeugung von der Richtigkeit und Notwendigkeit des Vietnam-Engagements begann unter dem Eindruck wachsender westeuropäischer Kritik zu wanken. Unter diesem Druck schloss Washington 1973 einen ehrenvollen Waffenstillstand, war dann aber 1975 nicht mehr in der Lage, den in krasser Verletzung des Abkommens errungenen Sieg Hanoi zu verhindern. Zurück blieb nicht nur ein Gefühl der Ohnmacht, sondern auch die Erkenntnis, von Europa im Stich gelassen worden zu sein. Beides musste sich verständlicherweise auch in einer Kritik der Präsidenten äussern, die Amerika in diese Lage gebracht hatten. Als Folge wurde die aussenpolitische Handlungsfreiheit des Präsidentenamtes bewusst eingeengt.

Diese Einschränkung wurde schon im Herbst 1975 offensichtlich. Damals schlug Präsident Ford eine Hilfe an die in Angola gegen den totalitären Machtanspruch der marxistischen MPLA kämpfende Unita vor. Der Kongress verweigerte seine Zustimmung. Das war nicht als Einzelfall oder als Denkwort, sondern als dauernde Einschränkung der Prärogati-

ven des amtierenden und der zukünftigen Präsidenten gedacht. Und es war dies eine schwerwiegende Begrenzung der Präsidentenmacht.

Der Watergate-Skandal hinterliess tiefe Narben anderer Art. Nicht der illegale Einbruch hat das amerikanische Volk schockiert, sondern die Tatsache, dass Präsident Nixon im Versuch, sich seiner Verantwortung zu entziehen, zu Lügen Zuflucht nahm. Zuvor war er von einer grossen Mehrheit des Volkes in das Amt gewählt worden. Zum erstenmal hatte sich damit ein Präsident aus der Sicht des Volkes als unwürdig erwiesen. Wenn das einmal passieren konnte – so die Überlegung vieler Amerikaner –, konnte es sich jederzeit wiederholen. Daher die Folgerung, dass der Präsident, der als einzelner über eine ausserordentliche Machtfülle verfügt, mehr und besserer Kontrolle unterworfen werden sollte. Auch dieses Erlebnis trug zu einer allgemeinen, im Kongress besonders artikulierten Bereitschaft bei, den Spielraum auch der künftigen Präsidenten so eng wie möglich zu begrenzen. Aus diesen Gründen hat Jimmy Carter bei seinem Amtsantritt tatsächlich eine geschwächte Präsidentschaft angetreten. Daher war er mit der nicht leichten Aufgabe konfrontiert, in erster Linie die Fesseln zu sprengen, die zwar seinen beiden Vorgängern angelegt worden waren, die nun aber ihn behinderten.

Zu diesen beiden Traumata gesellte sich ein drittes. Im Vietnam-Krieg hatten sich die USA wirtschaftlich ausgegeben. Das fand seinen Ausdruck im beginnenden Zerfall der amerikanischen Währung. Es war dies die erste eigentliche Abwertung des

Dollars; ihr kam in der Sicht des amerikanischen Volkes die symbolische Bedeutung eines Zerfalls der internationalen Position zu.

Das Ende des Vietnam-Krieges anfangs 1973 sollte die Währung retten – und hätte sie zweifellos gerettet, wenn nicht im Herbst jenes Jahres die Ölkrise ausgebrochen wäre.

Zur aussenpolitischen und zur innenpolitischen Hypothek gesellte sich die wirtschaftliche. In ihrer Kombination haben sie der Präsidentschaft erheblichen Schaden zugefügt. Bei seinem Amtsantritt befand sich Carter sozusagen auf jeder Front und persönlich unverschuldet in der Defensive. Dieser Umstand ist in Europa nicht genügend gewürdigt worden und hat das Urteil über Carter zweifellos negativ beeinflusst.

Carters Strategie

Vor diesem Hintergrund gesehen befand sich Carter in einer schwierigen Lage. Er musste gegen den Kongress ankämpfen, aber diesem gleichzeitig die Mittel und Möglichkeiten dazu abtrotzen. So wählte er eine im Grunde sehr geschickte Strategie auf zwei Ebenen. Allerdings wird dieser Umstand erst voll sichtbar, wenn Carter als ein dialektischer Politiker verstanden wird. Dafür ist sicher auch die Zusammenarbeit mit Zbigniew Brzezinski verantwortlich, der zu den fähigsten Politologen der Gegenwart gehört.

Auf der aussenpolitischen Ebene, wo Carters Spielraum am stärksten eingeschränkt war, nahm er vorerst die Menschenrechtsfrage auf. Dabei konnte er einen wichtigen Ansatz be-

nutzen: das Abkommen von Helsinki. Bei dessen Unterzeichnung am 1. August 1975 hatte jedoch kaum jemand zu hoffen gewagt, dass es als wirksames Instrument gegen die geschlossenen Gesellschaften gedreht werden würde. Carter zwang die Sowjetunion erstmals seit langer Zeit in die Defensive.

Das war Carters Werk, und er hatte damit ein aussenpolitisches Ziel formuliert, gegen das auch ein Kongress nicht opponieren konnte, der den Spielraum des Präsidenten möglichst einengen wollte. Das war die Grundlage einer Reihe aussenpolitischer Erfolge Carters, die im Hinblick auf seine Ausgangslage doch eindrucksvoll sind: Mit Abschluss und Ratifizierung der Panama-Verträge hatte er seinem Lande eine Möglichkeit gesichert, die Beziehungen zu Lateinamerika zu verbessern. In der Frage eines zweiten SALT-Abkommens nahm er eine festere Haltung ein und machte einige von seinem Vorgänger bereits angekündigte Konzessionen rückgängig. Zwar stoppte er den Bau von B-1-Superbomben und neuen Minuteman-Raketen, behielt aber dafür u. a. die Neutronenbombe und «cruise missiles» in petto. In harter Auseinandersetzung mit dem Kongress konnte er die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber der Türkei durchsetzen, das die USA und die NATO belastet hatte.

Im Nahen Osten musste er sich das schwere Ziel setzen, die Existenz Israels zu gewährleisten *und* die Freundschaft der (gemässigten) Araber zu gewinnen. Was in seiner Macht stehen konnte, ist geschehen. Er rang dem Kongress die Genehmigung einer kombinierten Waffenlieferung an

Israel, Ägypten und Saudiarabien ab. Und mit grossem persönlichen Einsatz ebnete er mit Camp David den Weg zu einem Frieden, der im Interesse Ägyptens und vor allem Israels besser damals schon geschlossen worden wäre.

Auf der innenpolitischen Ebene griff Carter sofort das von seinen Vorgängern noch weitgehend verkannte Energieproblem auf. Sicher war er auch durch die Entwicklung der amerikanischen Handelsbilanz zu dieser Erkenntnis gezwungen worden. Aber ihm ist zu danken, dass die Energiefrage als innenpolitisches Postulat ins Zentrum gerückt worden ist.

Ob Zufall oder Planung: dem Kongress wurde der Kampf auf der Energieebene aufgezwungen, und hier musste Carter siegreich bleiben. Im Herbst 1977 hatte der Senat die entsprechende Gesetzesvorlage abgewiesen. Carter musste sich mit Geduld wappnen. Der weitere Zerfall des Dollars hat genügenden Druck ausgeübt, damit das Energiegesetz schliesslich doch noch, wenn auch vorerst nur partiell, genehmigt worden ist.

Gerade in der Energiefrage hatte Carter seine dialektischen Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Er schlug am 4. 2. 1977 der Sowjetunion den Verzicht auf die Nuklearwaffen vor und bekannte sich als Gegner der schnellen Brüter. Das hat ihm einerseits erlaubt, das sowjetische Festhalten an den Nuklearwaffen nachzuweisen. Andererseits konnte er den Bau der konventionellen Atomkraftwerke fördern, ohne durch die Atomgegner, die in den USA so zahlreich sind wie in Europa, behindert zu werden. Zudem hat er sich die Möglichkeit bewahrt, sogar schnelle Brüter zu entwickeln,

wenn er durch die Sowjetunion dazu gezwungen wird.

Diese kurze Darstellung zeigt, dass Carter trotz schwerer Hypotheken bedeutende Erfolge errungen hatte, wo immer es in erster Linie auf seine Entscheidung angekommen ist. Er war im Begriff, seinem Amt dessen frühere Handlungsfreiheit zurückzugewinnen. Auf diesem Weg ist er indessen durch Rückschläge behindert worden, die nicht in erster Linie ihm anzulasten sind.

Im Nahen Osten ist der Frieden zwischen Israel und Ägypten noch immer nicht geschlossen. Daran tragen beide Kontrahenten, vor allem Israel, eine grössere Verantwortung als die USA. Die Stellung Israels ist geschwächt. Im Krieg von 1973 haben, mit Ausnahme Spaniens und Portugals, alle westeuropäischen Staaten den amerikanischen Versorgungsflugzeugen Zwischenlandungen verweigert. In einem künftigen Krieg würden auch Spanien und Portugal ausfallen. Die USA sind durch Westeuropa in der Unterstützung Israels behindert. Daher hätte Israel rascher zu grösseren Konzessionen bereit sein müssen, um allenfalls gar eine westeuropäische Mitgarantie bei einem Friedensschluss mit Ägypten zu gewinnen.

Im Mittleren Osten ging im April 1978 Afghanistan an die Sowjetunion verloren. Das mochte das Fanal sein für die Entwicklung in Iran, die in kurzer Zeit den Schah vom Throne fegte. Damit entsteht eine gefährliche Öffnung für die Sowjetunion, die sich anschickt, die westeuropäische Energiebasis im Mittleren Osten langsam unter ihre Kontrolle zu bringen.

In Afrika, besonders am Horn,

sieht die Lage nicht viel besser aus. Mit dem Sturz des Kaisers von Äthiopien gelangten Regimes an die Macht, die den sachten Übergang zum pro-sowjetischen Mengistu erleichterten. Gerade in Afrika hat sich die Haltung, die der amerikanische Kongress im Herbst 1975 gegenüber Angola einnahm, lähmend ausgewirkt. Es war für irgendwelchen amerikanischen Präsidenten unmöglich, Somalia zu helfen, das eine eindeutige Offensive gegen Äthiopien ausgelöst hatte. Immerhin konnten äthiopische Übergriffe gegen Somalia selbst verhindert werden.

Was zeigt nun die Analyse dieser Rückschläge? In diesen und anderen Fällen blickte Westeuropa gebannt nach den USA und erwartete eine amerikanische Intervention. Das aber ist eine Selbsttäuschung. Wer ihr verfiel, hatte die amerikanische Erfahrung mit Vietnam vergessen. Dort hat sich Europa nicht nur abseits gehalten (im Gegensatz zum Krieg in Korea), sondern auch mit übersteigerter Kritik aufgewartet. Nach dieser Erfahrung können und wollen die USA nicht mehr intervenieren, wenn nicht entweder vitale amerikanische Interessen tangiert sind oder aber Westeuropa unmissverständlich parallel läuft. Mit dem Risiko, einen Rückenschuss zu erhalten, werden die USA keine Kastanien mehr aus einem Feuer holen.

In Iran beispielsweise stehen lebenswichtige westeuropäische, aber bloss finanzielle amerikanische Interessen auf dem Spiel. Das hat Westeuropa keineswegs dazu veranlasst, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Diese hätte die iranisch-nationalen und prowestlichen Kräfte sicher

gestärkt und den prosovjatischen Kreisen, die jetzt schon zum Kampf gegen Khomeiny ansetzen, Zurückhaltung auferlegt. Die Funkstille Westeuropas hat den USA erschwert, Iran zu stützen.

Das gleiche gilt für Afrika. Ein westeuropäisches Engagement dort scheint Voraussetzung einer amerikanischen Unterstützung geworden zu sein. Ein sehr starkes Indiz für diese Annahme liefert Zaire. Bei der ersten Invasion in der Provinz Shaba 1977 mussten die USA wegen der Haltung des Kongresses abseits stehen. Bei der zweiten Invasion 1978, als namentlich Belgien und Frankreich eine Hilfe zu organisieren begannen, konnte Carter bereits logistische Unterstützung gewähren, ohne dass der Kongress ein Veto einzulegen gewagt hätte. Das war ein bedeutender Erfolg Carters auf dem Weg zur Überwindung der Angola-Resolution gewesen. Aber auch in diesem Zusammenhang hatte Westeuropa die Zeichen der Zeit nicht verstanden.

Die europäische Kritik

Vorab ein Hinweis auf die Struktur der Zusammenarbeit westlicher Staaten, in deren Licht das Problem der Kritik auch gesehen werden muss. Die Gruppe der Staaten mit offenen Gesellschaften arbeitet aus freiwilligem Entschluss zusammen. Je grösser die äussere Gefahr und je tiefer das Bewusstsein um die Bedrohung, desto leichter ist der Konsens zu erzielen. Die westliche Führungsmacht ist auf Mitentscheidungen angewiesen.

Die Gruppe der Staaten mit geschlossenen Gesellschaften arbeitet in

einem Zwangsverband zusammen. Der letzte Konsens aus voller Überzeugung mag erwünscht sein – nötig ist er nicht. Die Sowjetunion diktiert ihre Entscheidungen. Sie ist aus taktischen Gründen auf Zustimmung erpicht. Materiell benötigt sie sie nicht.

Als Ungarn 1956 die Mitgliedschaft im Warschau-Pakt aufkündigte, intervenierte Moskau militärisch, dergleichen als sich die Tschechoslowakei 1968 dem sowjetischen Einfluss zu entziehen begann. Der Austritt Frankreichs aus der NATO wurde hingegen reaktionslos hingenommen.

Das unterstreicht die grosse Bedeutung, die im westlichen Lager dem dauernden Bemühen um den Konsens zukommt. Es kostet Zeit und sehr viel geistige Kraft und wirft das Problem der Kritik auf.

Kritik ist notwendig und gehört zur Basis der offenen Gesellschaft. Der Satz wurde allzu oft wiederholt, ohne dass über das Wesen der Kritik nachgesonnen worden wäre. Denn notwendig und positiv ist nicht jede Kritik, sondern die sachbezogene, konstruktive. Destruktive und emotionelle Kritik erschwert Lösungen.

Hier soll nicht die Rede sein von der sachbezogenen, konstruktiven Kritik, die man Amerika (und Europa) angedeihen lassen darf und muss. Vielmehr sei die destruktive, emotionelle Kritik ins Auge gefasst. Europa ist aus vielschichtigen Gründen besonders anfällig auf diese Art der Amerika-Kritik. Bei Ausbruch des von Europa verschuldeten Ersten Weltkrieges war der alte Kontinent das Zentrum der Welt und besass die führende Macht. Bereits damals mussten die Vereinigten Staaten zu Hilfe gerufen werden. Im Zweiten Weltkrieg,

erneut von Europa verschuldet, mussten nochmals die Vereinigten Staaten intervenieren. Damit war die Vorherrschaft Europas in Selbstzerstörung vertan und Osteuropa an Moskau verloren. Mit dem Marshall-Plan wurde unser Kontinent auch wirtschaftlich gerettet. So hatte sich Europa eine grosse Dankesschuld aufgeladen. Sie verleitet immer wieder zur emotionalen Kritik am Geber, sei es nur darum, dass sich der Nehmer Selbstachtung vorgaukeln kann.

Auf diesen günstigen Boden ist die Absicht der 81 kommunistischen Parteien gefallen, die 1960 in Moskau beschlossen, den Antiamerikanismus zu propagieren.

Die historisch erklärbare Anfälligkeit Europas auf Antiamerikanismus wird durch eine zweite Erscheinung verstärkt. Jeder Zeitgenosse ist überfordert. Jeder überforderte Mensch sucht Entlastung. Paradoxe Weise täuscht die Freund-Kritik die rascheste Entlastung vor. Sie ist im Grunde genommen eine Erscheinung der Selbstzerstörung, eben weil sie sich gegen die eigene Seite richtet.

Dafür eine Illustration. Der Zeitungsartikel, der die offene Gesellschaft kritisiert, bietet Entlastung, weil einerseits daraus keine neuen Pflichten und Verantwortungen fließen, und andererseits der beruhigende Eindruck entsteht, als wäre alles zum besten bestellt, würde dieser Kritik nur endlich Rechnung getragen. Der Artikel jedoch, der die offene Gesellschaft trotz ihrer (allen bekannten) Unzulänglichkeiten verteidigt, belastet, weil mindestens die Aufgabe gestellt wird, sich eine differenzierende Argumentationsweise anzueignen. Da

wird der psychologisch bedeutsame Mechanismus der Verdrängung sichtbar. Er erklärt im konkreten Beispiel den Erfolg der Massenmedien und zugleich die grossen Schwierigkeiten der sachlichen Aufklärung.

Zunehmend kommt in solcher Kritik die Ohnmachtsreaktion dessen zum Ausdruck, der für die Unmöglichkeit der Lösung eigener Probleme den Freund verantwortlich macht. Ist diese Unmöglichkeit gar objektiv, weil sich Probleme nicht oder noch nicht lösen lassen, so wird der Verdrängungszwang noch verstärkt.

Eben dieser Mechanismus wird in der westeuropäischen Kritik an Carter sichtbar. Man verlangt vom Präsidenten sogar das Unmögliche und jedenfalls von ihm (und Amerika) mehr, als wir (und Europa) zu leisten bereit sind. In der zunehmend harten Kritik an Präsident Carter versucht Westeuropa seine eigenen offensichtlichen Unzulänglichkeiten zu verdrängen. Dieser Versuch ist untauglich, weil Kritik als Ergebnis einer Verdrängung weder sachbezogen noch aufbauend ist. Es könnte sich vielmehr als kontraproduktiv erweisen. Wenn die Kritik einen gewissen Schwellenwert überschreitet, wird sie eine Solidarisierung des amerikanischen Volkes mit dem von ihm gewählten Präsidenten und dann sogar eine Abkehr der USA von Europa bewirken können. Das wäre zu berücksichtigen, wenn eine gefährliche Entfremdung verhindert werden soll. Genau sie dürfte das Ziel des innersten Kreises der europäischen «Antiamerikaner» sein.

Peter Sager

KANADAS KAMPF UM EINHEIT UND EIGENART

Am 15. November feierte der Parti Québécois den zweiten Jahrestag seiner Machtergreifung. Diese unter der Führung von René Lévesque stehende Partei hat die Errichtung eines unabhängigen Staates im Quebec auf dem Programm. Als sie im Jahre 1976 ihre Wahlkampagne durchführte, hat sie jedoch bei der Wählerschaft um das Mandat geworben nicht mit der Devise, die Unabhängigkeit zu erstellen, sondern eine gute Regierung einzusetzen. Im Laufe dieses Mandates werden die Québécois auf dem Referendumsweg konsultiert, ob sie die Unabhängigkeit wollen oder nicht. Seit einigen Monaten versichert Premierminister René Lévesque, dass, wenn die Unabhängigkeit erreicht sein wird, sie zwangsläufig mit einer Assoziierung mit dem übrigen Kanada einhergehen würde. Die Regierung von Quebec ist sich klar darüber, dass die Antwort der Wählerschaft unter den gegenwärtigen Umständen nicht zugunsten der Unabhängigkeit ausfallen würde. Dies wird übrigens seit einigen Monaten von zahlreichen Meinungsumfragen bestätigt.

In der Provinz Quebec erreicht die Arbeitslosenquote zehn Prozent der aktiven Arbeitskraft gegenüber nur acht Prozent im ganzen Land, was schon beträchtlich ist. Der kanadische Dollar, der vor einigen Jahren noch fünf Prozent über dem amerikanischen stand, gilt jetzt auf dem Devisenmarkt fünfzehn Prozent weniger. Und trotz der Anstrengung der Bundesregierung, die Inflation durch Lohn- und Preiskontrolle einzudämmen, liegt die Inflationsrate zwischen sieben und neun Prozent. Dem aus-

ländischen Betrachter erscheint die wirtschaftliche Lage Kanadas absurd. Dieses an Bodenschätzen, Energie und Nahrungsmitteln reiche Land hat eine auf ein weites Gebiet verteilte spärliche Bevölkerung. Wenn auch die Führer sagen, dass Kanada von den Auswirkungen der Krise des ganzen Westens betroffen sei, so haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten doch Auswirkungen, die auf den ersten Blick paradox scheinen. Einerseits lässt sich ein gewisser Überdruß angesichts der Debatten über die Verfassung oder die Zukunft des Föderalismus feststellen, andererseits wirft man bedrängende und beängstigende Fragen in bezug auf das Schicksal des Landes auf.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten ist Kanada nicht aus einem Bruch mit Europa entstanden, und in der Tat hat Kanada heute noch eine Königin, welche gleichzeitig diejenige Grossbritanniens ist. Hier ist das britische Erbe beträchtlich, und wenn es sich auch nicht auf spektakuläre Weise bemerkbar macht, so ist es doch nicht etwa weniger dauerhaft oder weniger tief verankert. In ihrer Gesamtheit sind die Institutionen – sogar jene, die geschaffen wurden, um spezifische Bedürfnisse zu erfüllen – britischer Inspiration. Während für die Anglophonen das Band mit Grossbritannien nie abgebrochen war, so ist für die Frankophonen Frankreich ein Land, mit dem man eine abgebrochene Verbindung wieder anzuknüpfen sucht. Längerfristig erscheint Kanada als ein Gegenstück zum amerikanischen Projekt. Es wurde auf der Verweigerung des amerikanischen

Traums gegründet, welcher auf der Suche nach Glück aufgebaut ist und im Erfolgswillen, in der Sucht nach Erfolg sowie in der Zerstörung des Raumes endet.

Von der Geographie her wurde eine Nord-Süd-Beziehung diktiert, und wenn Kanada der Geographie gehorcht hätte, wäre es nur ein Fortsatz der Vereinigten Staaten geworden. Nun war es aber der Wille der Kanadier, die Bedürfnisse der Geographie herauszufordern und eine Ost-West-Beziehung herzustellen. So erstreckt sich das Land von einem Ozean zum anderen.

Die epischen Heldentaten der kanadischen Geschichte bestehen weder in Kriegen noch Eroberungen, sondern im Bau von Eisenbahnen, die die beiden Enden des Landes miteinander verbinden. In ihrer Bemühung, als Volk sich zu finden, haben die Kanadier von einer Generation zur anderen versucht, der Weite ihres Landes zu trotzen. Nun ist der grosse Plan, der zur Gründung Kanadas geführt hat und der etappenweise formuliert worden war, wieder in Frage gestellt, und zwar in erster Linie durch die Macht der Technologie und der Telekommunikation. Während die Verbindung mit Grossbritannien einen historischen und sentimental Charakter annimmt, wird die Präsenz der Vereinigten Staaten immer bedrückender. Die sprachliche Gemeinschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle. Obwohl Kanada über zwei englisch- und zwei französischsprachige Fernsehnetze verfügt, kann das kanadische Publikum fast überall im Lande die amerikanischen Programme empfangen. Und für die anglophonen Kanadier nehmen diese Pro-

gramme fünfzig Prozent der Stunden ein, die sie vor der Mattscheibe verbringen. Das Ausmass des Einflusses der Vereinigten Staaten kann durch weitere Zahlen belegt werden. Achtzig Prozent der in Kanada verkauften Bücher stammen aus dem Ausland, grösstenteils aus den USA, aber auch aus Grossbritannien. Der Anteil der kanadischen Bücher in französischer Sprache ist bedeutend. Auch dort kommen siebzig Prozent der verkauften Bücher aus dem Ausland. Für die Periodika und besonders die Illustrierten mit grossen Auflagen ist der Prozentsatz mindestens ebenso hoch.

Zwar gehört Kanada zu den freiesten und offensten Ländern, doch viele Kanadier – besonders in intellektuellen Kreisen – bedauern, dass ihr Volk sich für seine Kultur und Musse auf so disproportionierte Weise aus dem Ausland versorgt.

Vor zehn Jahren wurde Pierre-Eliot Trudeau mit grosser Begeisterung gewählt, und zwar sowohl von den anglophonen wie von den frankophonen Kanadiern. Trudeau, als junger Intellektueller für die Strenge seiner Gedankenführung wie für seine linksliberale Haltung bekannt, weckte die Hoffnung auf eine Erneuerung des politischen Lebens Kanadas. Er würde das grosse kanadische Projekt in Amerika in Angriff nehmen. Er würde sich nicht damit begnügen, im Protektionismus einen Schutz gegen den ausländischen, besonders den amerikanischen Einfluss zu suchen. Selbst französischsprachig, würde er zuerst den Konflikt zwischen Frankophonen und Anglophonen regeln. Seine Sprachpolitik gründet er auf einer von der «Commission royale sur le bilinguisme et le biculturalisme»

vorgelegten Bericht und versuchte, den Sprachkonflikt zu deterritorialisieren und zu desideologisieren. Er hat zwischen Sprache und Kultur unterschieden. Die sprachlichen Rechte jedes Individuums wurden durch ein Sprachgesetz festgelegt. Zwei offizielle Sprachen sind anerkannt: Englisch und Französisch. Und jeder Kanadier kann von allen Bundesbehörden sowie in den zwei als zweisprachig anerkannten Provinzen Quebec und Nouveau Brunswick sowohl in der einen als auch in der anderen Sprache bedient werden.

Die offizielle Zweisprachigkeit Kanadas bewirkt, dass das Land «multikulturell» ist. Ein Minister ist mit dem «multiculturalisme» beauftragt, und der Staat bietet seine Hilfe allen ethnischen Gruppen an, welche ihr kulturelles Erbe bewahren wollen. Um dem mächtigen Einfluss der USA zu entgehen, suchte Trudeau einen anderen Weg, und zwar jenen der Beziehung zu Westeuropa. So könnte Kanada seine Versorgungsquellen und seine Märkte diversifizieren.

Doppelte Bedrohung

Gleich nach seiner Machtübernahme ist Trudeau auf zwei entgegengesetzte Elemente gestossen: einerseits den aufsteigenden Nationalismus, andererseits die Schwierigkeit, sich dem amerikanischen Einfluss zu entziehen. Der Nationalismus des Quebec hat im Jahre 1970 mit seinen Bomben am meisten Lärm gemacht, während eine in ihrem Wirkungskreis sehr beschränkte Bewegung das Land aufwühlte und die Bundesregierung veranlasste, Ausnahmegesetze zu erlassen: die «lois des mesures de guerre». Wenn auch nicht von langer

Dauer, so hat dieses Ausnahmeregime doch eine grosse Ungewissheit in bezug auf die Stabilität der Demokratie in Kanada ausgelöst. Dann kam 1976 der Parti Québécois durch Wahlen an die Macht.

Der zum quebekanischen Unabhängigkeitsdrang gewordene französisch-kanadische Nationalismus bleibt also eine Realität, mit der jede Regierung rechnen muss. Überraschender und unerwarteter ist jedoch das Aufsteigen des anglo-kanadischen Nationalismus. Trudeau musste in seiner eigenen Partei anti-amerikanischen Stellungnahmen entgegenreten. Eine beträchtliche Anzahl anglokanadischer Intellektueller, besonders im Zentrum Kanadas und in Toronto, verlangten und verlangen noch, dass die Regierung entscheidende Massnahmen zur Eindämmung des kulturellen Einflusses der USA ergreift. Vor zwei Jahren spitzte sich die Auseinandersetzung im Kampf um die kanadische Ausgabe des Magazins «Time» zu. Diese Ausgabe fügte der regulären amerikanischen Ausgabe vier kanadische Seiten bei. «Time» fasste sich damit als kanadische Revue auf, und die kanadischen Unternehmungen, welche darin Inserate erscheinen liessen, kamen in den Genuss von Steuererleichterungen. Die kanadischen Zeitschriften betrachteten dieses Vorgehen als unlauteren Wettbewerb. Nach stürmischen Parlamentsdebatten wurde ein Gesetz verabschiedet, durch welches die der Zeitschrift «Time» zugestandenen Steuererleichterungen wieder aufgehoben wurden. Daraufhin stellte die kanadische Ausgabe ihr Erscheinen ein. Selbstverständlich wird die USA-Ausgabe frei verkauft.

Die Wirtschaftskrise auferlegte dem anglokanadischen Nationalismus eine Schranke. Angesichts seines hohen Bestandes an Arbeitslosen versucht Kanada mit allen Mitteln, die Investitionen zu fördern, und die Stimmen, die sich gegen amerikanische Anlagen erheben, werden immer seltener. Als René Lévesque Ministerpräsident von Quebec wurde, war denn auch eine seiner ersten Handlungen, dass er die amerikanischen Finanzfachleute in bezug auf seine Absichten beruhigte. In einer Rede im «Economic Club» von New York versuchte er den Einfluss der Unabhängigkeitsbewegung des Quebec zu bagatellisieren.

Die Regierung Trudeau blieb dabei, in Kanada von Amtes wegen die Zweisprachigkeit beizubehalten. Es wurden Schulen gegründet, in denen die jungen und alten Beamten Sprachkurse nehmen konnten. Nach mehrwöchigem «Untertauchen» tauschten hohe englischsprechende Beamte die ersten Sätze auf französisch aus. Viele von ihnen liessen sich nicht gerne darauf ein, eine neue Sprache zu lernen. Nach einigen Wochen bemerkte man, dass trotz des Entschlusses und des guten Willens der Bundesregierung das Sprachenproblem nicht das einzige Hindernis bei der Einigung des Landes war. Es geht einerseits um den Zugang Französischsprachiger zu leitenden Stellungen sowohl in der Verwaltung des Landes als auch in den grossen Industrie- und Finanzunternehmungen. Man hat dann das Problem als kulturell bezeichnet. Und nach seiner Machtergreifung hat es sich der Parti Québécois zur Aufgabe gemacht, einen Kulturplan für Quebec festzulegen. Das Resultat war die

Herausgabe eines zweibändigen Weissbuches, betitelt: «La politique québécoise du développement culturel».

Zu Beginn schlägt dieses Weissbuch eine umfassende Auffassung der Kultur vor: «Die ganze Kultur ist ein Lebensumkreis. Sie lässt sich nicht auf Museumsgegenstände oder Werke einsamen Schaffens reduzieren. Das Kulturgut vereinigt Signale, die an ein Erbe der Menschheit erinnern; die Werke der Künstler oder der Intellektuellen drücken das höchste Bewusstsein des Menschen aus: die Existenz in ihrer Gesamtheit aber ist ein Produkt der Kultur. Diese gehört allen Bürgern. Durch ihr Leben erneuern sie sie oder versinken darin. Im Alltag, in ihrer Arbeit und in ihrer Musse, im Austausch, den sie unter sich pflegen, erarbeiten sie die Art und Weise, ihre Existenz aufzufassen, sie auszulegen, ihr eine Zukunft zu geben. Die Kultur muss ein gemeinsames Werk sein. Wozu ein prachtvolles Museum in einem Elendsquartier bauen? Welchen Sinn hätte die Poesie für Menschen, die zu einer entwürdigenden Arbeit verurteilt sind?»

Grenzen der Kulturpolitik

Dieses umfassende Kulturverständnis ermöglicht den Autoren des Buches, Verhaltensweisen, Gesetze, Regeln für die Gesamtheit der Lebensäusserungen anzuregen. Es handelt sich nicht mehr ausschliesslich um den Bereich des Buches, der Ausstellungen, der Musik oder des Handwerks, sondern auch um jenen des Bierkonsums, der Essgewohnheiten. Der schöpferisch Tätige schaltet sich in ein Kollektiv ein, und diese Gemeinschaft drückt in ihrer Gesamtheit

aus, was ihre Kultur ist und sein sollte. Und der Staat ist dazu da, um zu hören und zu lenken. Bei seinem Erscheinen löste dieses Buch in kulturellen und intellektuellen Kreisen eine Reaktion der Verlegenheit aus. Die meisten Künstler des Quebec haben sich der Idee der Unabhängigkeit verschrieben, und so fiel es ihnen schwer, sich sofort einem Plan der Politisierung der Kultur entgegenzustellen, der die Keime der Bedrohung durch Verstaatlichung der Kultur in sich trägt. Die zaghaften Versuche kritischer Reaktionen wurden jedoch gefolgt von einer viel direkteren Kritik in einem aufsehen erregenden Leitartikel der Revue «Liberté». Die Kultur in ein globales Sozial- und politisches Projekt einbauen sei eine Verneinung der Rolle der Triebkräfte einer freien Kultur.

Schüchterner hat die Bundesregierung in der Bemühung um eine nationale Einheit Mittel für die Feiern der Confédération Canadienne am 1. Juli bereitgestellt. Wenn die Kanadier auch in grosser Zahl an den Feiern teilnehmen, so werden sie vom Staat doch nur die finanzielle Hilfe und eine materielle Beteiligung entgegennehmen, und sie werden die politischen Richtlinien zurückweisen, wenn es dieser Regierung einfallen sollte, ihre Hilfe mit solchen Direktiven zu stützen. Die kulturellen Einrichtungen des Bundes sind inspiriert von jenen Grossbritanniens. Sie stellen eine Distanz zwischen Kultur und Regierung fest, bauen aber auf staatlicher Hilfe. Ob es sich um die Gesellschaft «Radio-Canada», um «L'Office national du film», um den «Conseil des arts du Canada» oder um die nationalen Museen handelt: es ist jeweils das

Parlament und nicht die Regierung, die die Höhe der für die Finanzierung dieser Organisationen nötigen Beträge bestimmt. Es existiert kein Bundesministerium der Kultur. Ein Minister – der Staatssekretär – übernimmt die Verbindung zwischen dem Parlament und seinen Einrichtungen. Und sogar wenn ein Abgeordneter eine Frage über das Funktionieren oder die Politik dieser Institutionen hat, so bittet der Minister die Institutionen selbst, die Antwort zu geben, die er dann an den Abgeordneten weiterleitet. Erwähnen wir noch, dass die Freiheit, deren sich die kulturellen Institutionen des Bundes erfreuen, nicht vollständig ist, da die Regierung ihre Verwaltungsräte und in den meisten Fällen ihre Direktoren ernennt. Die Bundesregierung hat nicht versucht, die kulturellen Institutionen in die politischen Debatten hineinzuziehen, die den Quebec und den kanadischen Föderalismus miteinander konfrontieren. Täte sie es, so würden diese Institutionen sich dagegen sträuben.

Es ist nicht leicht, die Verbindungen auszumachen, die zwischen der politischen und kulturellen Krise, welche Kanada jetzt durchläuft, und seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestehen. Sehen die amerikanischen Finanzleute davon ab, im Quebec zu investieren aus Furcht vor der Politik, die von der gegenwärtigen Regierung betrieben wird, oder verzichten sie allgemein auf jegliche Investitionen in Kanada wegen der eigenen, in den USA bestehenden Schwierigkeiten? Als Staatssekretär Cyrus Vance kürzlich Ottawa besuchte, sprach er sich offen für die kanadische Einheit aus. Amerikanische Beobachter sagen, dass es sich dabei

nicht um eine Einmischung des Auslandes in die inneren Angelegenheiten eines Landes handelt, sondern um die Stellungnahme einer benachbarten Nation zur Zukunft eines grossen befreundeten Staates. Kanada ist auf dem Weg zu einem Kompromiss, worin die zwei Gründernationen ihre Allianz auf neuen Grundlagen festlegen werden und worin die Teilung der

Macht nicht zwischen einem ehemaligen Eroberer und einem ehemals eroberten Volk, sondern zwischen zwei Partnern vorgenommen wird, deren gemeinsames Ziel wäre, die Wohlfahrt ihrer Mitglieder in einer nordamerikanischen Gesellschaft zu gewährleisten, welche gegenüber den Vereinigten Staaten ihre Eigenart bewahrt.

Naim Kattan

EIN BEDEUTENDES GUTACHTEN

Zu «Lage und Probleme der schweizerischen Wirtschaft 1978/79»

von G. Bombach, H. Kleinewefers, L. Weber

Die Professoren G. Bombach (Basel), H. Kleinewefers (Freiburg i. Ue.) und L. Weber (Genf) widmen in ihrem zweiten Gutachten, das sie im Auftrage der Schweizerischen Nationalbank und des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes verfasst haben, drei grossen Gebieten je ungefähr einen Drittel des verfügbaren Raumes: Der Konjunkturanalyse und der Währungspolitik, der privaten und der staatlichen Investitionstätigkeit mit ihren Wirkungen auf die Konjunktur und das Wachstum sowie den volkswirtschaftlichen Problemen der schweizerischen Sozialpolitik. Die Ausführungen der drei Experten zu strukturellen Problemen sind überzeugender ausgefallen als zu Fragen der Währungs- und Konjunkturpolitik, wo der Leser bei aller Anerkennung der grossen Anstrengung wohl nicht ganz auf seine Rechnung kommen wird. Als Ganzes bedeutet aber auch dieses Gutachten wie sein Vorgänger einen wertvollen, ernstzunehmenden und erfrischenden Beitrag zur wirtschaftspolitischen Diskussion.

Folgendes sind die wichtigsten Er-

gebnisse und wirtschaftspolitischen Empfehlungen. In der *Konjunkturpolitik* sind die Verfasser der Ansicht, dass die öffentliche Hand, insbesondere Kantone und Gemeinden, in den Jahren 1977 und 1978 eine kontraktive Wirkung auf die Konjunktur ausgeübt habe und auch im Jahre 1979 bestenfalls konjunkturneutral wirken werde. «Ein zur falschen Zeit zum Durchbruch gelangter Sparwille» habe zu einer «Deflationspolitik» geführt und damit die Stimulierung des Binnenmarktes zum Ausgleich für sinkende Exportchancen erschwert. Die ganz im Zeichen des Budgetausgleichs stehende Politik habe gewissermassen das Ziel einer antizyklischen Finanzpolitik zugunsten des «strukturellen» Ziels einer ausgeglichenen Rechnung kompromisslos vernachlässigt. Ein wichtiges Postulat der Experten-Gruppe besteht deshalb auch für die kommenden Jahre darin, nicht einseitig die Ausfuhr zu fördern, sondern auch die Binnennachfrage mittels geeigneter Fiskalmassnahmen anzuregen. Zu denken sei einerseits an Steuersenkungen, andererseits an die

Erhöhung der laufenden und/oder der Investitionsausgaben.

Dem *Investitionsgebaren der Privaten* wie der öffentlichen Hand sind Sonderuntersuchungen gewidmet. In der Schweiz scheint das Hauptproblem darin zu bestehen, Massnahmen zu finden, die mittelfristig einen sich selbst tragenden Aufschwung bewirken und nicht nur ohnehin geplante Investitionsvorhaben vorzeitig verwirklichen. Die Experten empfehlen eine möglichst grosszügige Regelung bei den Abschreibungen. Richtigerweise wird darauf hingewiesen, dass eine liberale Abschreibungspraxis dem Staat keine Einnahmehausfälle beschert, wohl aber den Unternehmungen grösseren Bewegungsspielraum belässt.

Im Kapitel über die *öffentlichen Investitionen* überkreuzen sich konjunkturpolitische mit demographischen (Verschiebungen im Altersaufbau machen bestimmte Infrastrukturen obsolet, erfordern andererseits neue, aber andersartige), finanzpolitischen (Finanzierung über direkte oder indirekte Steuern sowie dem Äquivalenzprinzip entsprechende Beiträge?) und staatspolitischen Überlegungen (da Investitionen stets mit Folgekosten verbunden sind, dürfte die Staatsquote tendenziell steigen). Die öffentlichen Investitionen haben sowohl während der Konjunktur wie in der Rezession prozyklisch gewirkt, d. h. gleichsinnig mit den Veränderungen des Volkseinkommens geschwankt. Die Experten schätzen, dass im vergangenen Jahr die öffentlichen Investitionen etwa denen von 1970 entsprochen haben; der rasche und stete Aufstieg bis 1973 ist einem nicht minder schnellen Rückgang gewichen.

Das veranlasst die Expertengruppe zu folgendem *Alarmruf*: «Dem eindeutigen und anhaltenden Rückgang der Investitionen der Gesamtheit der öffentlichen Körperschaften und Unternehmen seit 1973 sollte unverzüglich die ganze Aufmerksamkeit der Behörden des Bundes und der Kantone gewidmet werden», stehe diese Entwicklung doch «im Widerspruch zu den Anforderungen an eine der Wirtschaftslage und dem Bedarf angepasste Politik der Infrastrukturinvestitionen». Damit wird jedoch nicht dem Durchstich aller Dämme gegen die Flut der Staatstätigkeit das Wort geredet, steht doch die Expertengruppe auch einer antizyklischen Konjunkturpolitik über die Investitionen des Staates skeptisch gegenüber. Sie empfiehlt vielmehr die «Kombination einer Politik langsamen, aber steten Wachstums der öffentlichen Investitionen einerseits mit Steuererleichterungen andererseits», was «zugleich die bedarfsgerechte Entwicklung der Infrastruktur sicherstellen und die (...) privatwirtschaftlichen Investitionen begünstigen» würde.

Der *Währungspolitik* haben Prof. Kleinewefers und sein Mitarbeiter Dr. P. Berwert umfangreiche «Empirische Untersuchungen über die schweizerische Wettbewerbsfähigkeit und Aussenhandelsstruktur 1967 bis 1977» gewidmet. Offenbar erschienen die Ergebnisse dieser Untersuchungen zu wenig schlüssig, als dass sich hierauf wirtschaftspolitische Empfehlungen abstützen liessen; jedenfalls hat die Heerschau möglicher Massnahmen auf die Expertengruppe so «ernüchternd» gewirkt, dass sie fast ausschliesslich zu negativen Ergebnissen

kommt. Eine Rückkehr zu festen Wechselkursen schliesst sie aus; dagegen könnte nach ihrer Ansicht eine «informelle Zusammenarbeit» vor allem mit Deutschland, Österreich, Holland und Belgien allenfalls von Vorteil sein. Einem ablehnenden Urteil verfallen auch gespaltene Devisenkurse und Devisenbewirtschaftung sowie die Devisenmarktinterventionen der Nationalbank, deren Erfolg die Expertengruppe vorbehältlich weiterer Prüfung als fragwürdig ansieht. Offenbar reichte die empirische Evidenz, die der Expertengruppe zu Gebote gestanden hat, nicht aus, um zwischen den folgenden theoretisch möglichen Erklärungen für die trendmässige statistische Verschlechterung der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit die wahrscheinlichste herauszufinden: Statistische Verzerrungen können ein falsches Bild von der Entwicklung der Ausfuhrpreise und -mengen geben; für die Kaufkraftparitätentheorie ist die Zeitspanne von sechs Jahren möglicherweise zu kurz; spekulative Kapitalbewegungen mögen den Frankenkurs für die betrachtete Zeitspanne verzerrt haben; und schliesslich könnten das stets anschwellende internationale Geldvermögen und der überproportionale Anteil der Schweiz bei der Anlage dieses Vermögens eine permanente Abweichung des Frankenkurses von der Kaufkraftparität erklären.

Das letzte Drittel der Studie ist der *Sozialpolitik* gewidmet. Die kantigen, auf politische Verwirklichungsfähigkeit wenig bedachten Vorschläge – alle gesellschaftlichen Einrichtungen, die der politische Prozess geschaffen oder verändert hat, sind zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Vergan-

genheit «politisch unmöglich» gewesen – und die für den Uneingeweihten oft überraschenden Fakten machen die Lektüre in diesem Teil zu einem besonderen Vergnügen. So entfaltet die *AHV* die ihr zugeordneten Umverteilungswirkungen nur zum Teil; dank starken prozentualen Erhöhungen in den letzten Jahren haben die «reichen» Rentner absolut wesentlich höhere Rentenzuschläge als die «armen» Rentner erhalten. Vordergründig vielleicht am überraschendsten, weil eine tiefeingewurzelte Sprachregelung kritisierend, kommen die Experten zum Schluss, sowohl die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeberbeiträge würden schliesslich vom Arbeitnehmer getragen, da sie im Kalkül des Arbeitgebers auf den Arbeitnehmer überwältigt würden. Nach dem Bildersturm der drei Weisen tritt nun offen zutage, dass eine falsche Begriffswelt und eine verwickelte Finanzierung die Transparenz des *AHV*-Systems beeinträchtigt haben; begreiflicherweise ruft die Expertengruppe nach grösseren Anstrengungen, um die wahren «Kosten» der *AHV* sowie weiterer Sozialversicherungen, insbesondere der Krankenversicherung, der Öffentlichkeit bewusst zu machen.

Bereits heute laufen über 13 % des Nettosozialprodukts durch die Kassen der I. und II. Säule der Alterssicherung; würden die Pensionskassen im vorgesehenen Umfang obligatorisch erklärt, so wären es über 16 %. Mit den gegenwärtigen Leistungen der Alterssicherung und unter Extrapolation des heutigen langsamen Wirtschaftswachstums «ist es unter Einbeziehung der Ausgaben für die anderen Sozialwerke möglich oder sogar wahrscheinlich, dass das verfügbare Einkommen

nicht nur relativ, sondern sogar absolut abnehmen könnte». Während nun die AHV zwar einige Kritiken einstecken muss, aber doch im ganzen recht positiv beurteilt wird, widerfährt der *geplanten II. Säule (Pensionskassengesetz)* gemäss Vorlage vor den eidgenössischen Räten) ein vernichtendes Urteil. Die AHV, die grundsätzlich im Umlageverfahren finanziert wird (Beiträge zahlen Rentenleistungen, erfordert weniger und weniger genaue Vorausschätzungen insbesondere der Wirtschaftsentwicklung als die Pensionskassen, die gemäss Vorlage auf dem Kapitaldeckungsverfahren (Leistungen werden durch Ersparnisse von Kapital und dessen Zinsen finanziert) beruhen sollen. Es ist gar nicht möglich, dass sich die Volkswirtschaft als ganze ein finanzielles Vermögen zusammensparen kann, aus dem sie später die Leistungen an die Rentner erbringen könnte. Somit erfolgt jede Alterssicherung realiter immer nach dem Umlageverfahren. Hier führt das versicherungstechnische Denken, das sich ausschliesslich mit finanziellen Grössen befasst, in die Irre; es vermag die volkswirtschaftlichen Probleme nicht zu erhehlen. Die sehr wertvollen Betrachtungen der Expertengruppe können hier nicht in gebührendem Ausmass wiedergegeben werden; zusammenfassend hält es die Expertengruppe für «falsch zu glauben, das Kapitaldeckungsverfahren biete gegenüber dem Umlageverfahren realökonomisch mehr Sicherheit, grössere Unabhängigkeit von Bevölkerungsschwankungen und niedrigere Kosten infolge der Selbstfinanzierung aus Zinserträgen». Weitere angeblich positive Eigenschaften dieses Verfahrens sind

höchst ungewiss oder hängen vom jeweils herrschenden politischen Willen ab.

Zum Schluss beschäftigt sich das Gutachten in einer schonungslosen Analyse mit den volkswirtschaftlichen Problemen der *Krankenversicherung*. Auch hier fehlt hinreichende Transparenz, wobei es nicht wie bei der Alterssicherung um blosse Verteilungstatbestände, sondern auch um die Verwendung volkswirtschaftlicher Produktionsmittel (Allokation von Ressourcen) geht. Die Expertengruppe kritisiert insbesondere den Tarifwirrwarr. Sie scheut sich nicht, als die Hauptquelle der Kostensteigerungen die Personalkosten zu identifizieren. Grundsätzlich handle es sich jedoch weniger um eine eigentliche Kosten- als um eine *Nachfrageexplosion* im Gesundheitswesen, bedingt durch das gestiegene Prokopfeinkommen und die hohe Bedeutung, die der Einzelne seiner Gesundheit zumisst, aber auch wegen der mangelnden Information über die wahren Kosten. Zu deren Senkung macht die Gruppe einige Vorschläge: Stärkung der Position der Krankenkassen gegenüber der Anbieterseite, Förderung der betriebswirtschaftlichen Rationalität im Spitalwesen und in den Arztpraxen, Vereinheitlichung der Tarifgestaltung auf der Grundlage von Sollkosten, Einsparungen bei Medikamenten und schliesslich Förderung des Wettbewerbs unter den Ärzten. Die Experten verkennen nicht, dass gerade in diesem Gebiet der wirtschaftlichen Analyse recht enge Grenzen gezogen sind; es gelingt ihnen aber, den beschränkten Spielraum aussagekräftig zu nutzen.

Frank Rühl